

Akgün: Völlig zutreffende Momentaufnahme



Die [designierte Bundespräsidentin](#) Lale Akgün hat [im Gegensatz](#) zu ihrem Landsmann Bekir Alboga die frisch veröffentlichte [Integrationsstudie](#) als „völlig zutreffende Momentaufnahme der Situation vieler türkischer Einwanderer in Deutschland“ [bezeichnet](#). Das Ergebnis überrasche sie nicht.

Das Ergebnis überrascht mich überhaupt nicht. Es ist eine völlig zutreffende Momentaufnahme der Situation vieler türkischer Einwanderer in Deutschland. Allerdings darf sich jetzt auch niemand darüber wundern, denn vor 50 Jahren wurden ja gezielt billige Arbeitskräfte in der Türkei angeworben. Das waren in den vielen Fällen Analphabeten ohne Schulabschluss, ohne Ausbildung und mit völlig antiquierten Wertvorstellungen. Es wurde damals auch nichts unternommen, um ihnen Deutsch beizubringen oder sie im Bildungssystem aufzufangen. Das rächt sich heute, denn die alten Verhaltens- und Denkmuster sind in den Folgegenerationen erhalten geblieben.

Akgün bestreitet auch nicht, dass es Parallelgesellschaften gibt und dass Migranten, die leistungsorientiert sind, dort so schnell wie möglich wegziehen.

Viele türkische Einwanderer stammen aus bildungsfernen Schichten.

Sie schotten sich in ihren türkischen Kulturvereinen ab und

pflegen zuhause ein Familien- und Rollenbild, das es den Frauen unmöglich macht, sich zu emanzipieren. Es geht in diesen Kreisen immer nur um die Rolle des Mannes. Erfolg drückt sich bei ihnen in der Anzahl der Goldketten um den Hals und in lautem Brüllen aus. Das ist ein völlig unrealistisches Rollenbild. Es ist eine lächerliche Karikatur von Männlichkeit. Die jungen Männer verkommen dabei ja selbst zur Karikatur.

*Andererseits sind viele der Projekte, die hier für Einwanderer angeboten werden, alles andere als zielführend. Sie sind vielleicht gut gemeint, bewirken aber nichts. Vor allem erreichen sie nie, was man in der Schule erreichen könnte, nämlich Bildung. Deutschland nimmt in der Tat viel Geld für die Integration in die Hand, aber es muss auch an den richtigen Stellen ankommen. Der Platz dafür sind Schulen.
(...)*

Von Anfang an hat Deutschland nur auf Hilfsarbeiter gesetzt. Die ersten türkischen Einwanderer kamen aus ganz starren patriarchalischen Verhältnissen und hatten überhaupt keine Bildung. Ihnen war die Pflege eines Männlichkeitskults wichtiger als gesellschaftlicher Aufstieg. Da müssen die Schulen heute ansetzen. Sie müssen den türkischen Migranten nicht nur Bildung und Sprachkenntnisse vermitteln, sondern auch ein Bewusstsein für die Werte der Gesellschaft. Nicht der tumbe Macho mit Goldkette ist erfolgreich, sondern derjenige, der gute Leistungen bringt.

Es folgen dann zwar die typischen Sozi-Rufe nach mehr Staat in Form von Pflicht-Kindergärten und Pflicht-Vorschulen, aber die Probleme erkannt und beim Namen genannt hat sie mit bewundernswerter Klarheit. Da wird manch deutscher Guti sich erstaunt die Augen reiben.

Was aber ganz klar gescheitert ist, ist die Vorstellung vieler Migranten, hier einfach nur des Geldes wegen leben zu können, aber mit dem Herzen noch in der Türkei zuhause zu

sein. Entweder sie leben hier und lassen sich auf die Gesellschaft ein, dann können sie auch berechnete Ansprüche formulieren, oder sie scheitern. Es kann nicht sein, dass Migranten immer erwarten, dass Deutschland etwas für sie tut, und sie selbst tun gar nichts außer dazusitzen und zu jammern, wie schlimm es ihnen geht.

(...)

Hier müssen wir deutlich machen, dass die Migranten in der Pflicht sind, sich einzubringen. Wie kann es denn sein, dass in Berlin ernsthaft darüber diskutiert wird, ob ein muslimisches Mädchen mit einer Burka ins Schwimmbad gehen darf? Das kann doch wohl nicht wahr sein. Wir müssen den Mut haben, auch mal kein Verständnis zu zeigen, wenn elementare Werte unserer Gesellschaft in Frage gestellt werden. Das geht zu weit. Das entmutigt auch all diejenigen Migranten, die erfolgreich hier angekommen sind, unsere Werte akzeptieren und sich jeden Tag im Berufsleben abrackern.

(Spürnasen: Angela und Jason)



Christliche Mädchen als Sex-Sklavinnen verkauft



In Pakistan wurden nach Angaben einer [christlichen Menschenrechtsorganisation](#) zwei christliche Mädchen unter Drogen gesetzt, vergewaltigt, zwangsislamisiert und als Sex-Sklavinnen an Muslime [verkauft](#). Vermutlich kein Einzelfall™.

Ein Nachbar hatte den beiden Töchtern Parvisha (18) und Sanam (14) von Pastor Sharif Alam eine Lehrstelle in einem Kosmetik- und Schönheitssalon angeboten und holte sie mit einem anderen Mann von zuhause ab. Unterwegs wurden die Mädchen jedoch mit Alkohol-Drogen-Cocktails willenlos gemacht und in ein Hotel entführt. Dort wurden sie anschließend von beiden Männern vergewaltigt.

Nach einigen weiteren Vergewaltigungen schickte man die beiden Schwestern in die Islamschule zur Umerziehung. Parvisha and Sanam wurden zu Musliminnen gemacht und erhielten neue, muslimische Namen. Danach wurden sie an muslimische Anwälte als Sex-Sklavinnen verkauft. Da es einem der Mädchen gelang, die Polizei zu rufen, konnte der Vater seine Töchter nachhauseholen, wo sie aber nach Ansicht des muslimischen Mobs nicht bleiben durften, weil sie jetzt ja Musliminnen waren. Das Haus des Pastors und er selbst wurde Ziel von schweren Angriffen.

Die beiden Mädchen haben vor den Behörden jetzt ausgesagt, dass sie von zuhause entführt, vergewaltigt und unter Zwang zum Islam bekehrt wurden. Sie wollen als Christinnen leben und sterben und um keinen Preis zuhause wieder weg.

Christen werden in Pakistan häufig Ziel muslimischer Angriffe. Aber weil sie arm sind, können sie sich oft nicht wehren.

Darum ist es wichtig, dass sich Menschen von außen für die pakistanischen Christen einsetzen.

Schreiben Sie zum Beispiel an die pakistanische Botschaft
Schaperstrasse 29

10719 Berlin

mail@pakemb.de

(Spürnase: Nebelhorn)

Video der Soli-Demo für das Kloster Mor Gabriel

Am Sonntag, 25. Januar, [demonstrierten in Berlin](#) Tausende gegen die Schließung des 1600 Jahre alten syrisch-orthodoxen Klosters Mor Gabriel und damit gegen die Vertreibung der letzten Aramäer aus der Türkei. Zur Demo zu sehen sind jetzt auch Videoaufnahmen von PI-Leser Vossy.

„Die Rechten“ haben recht



Für eine Doktorarbeit wurde die Hälfte aller in Österreich lebenden Islamkundefachlehrer nach ihrem Verständnis für Demokratie, Rechtsstaat und Integration befragt. Und nun stellt man in dem Land, in dem die Wahrheit über den Islam zu dessen Imagepflege verboten ist, erschrocken fest, dass ein Viertel der Lehrer [so antwortet](#), wie rechte Populisten es behaupten und Liberale es befürchten

*Je älter die Lehrer, desto höher die Ablehnung gegenüber rechtsstaatlichen Prinzipien. 32,7 Prozent lehnen die rechtsstaatlichen Prinzipien ab (35,5 Prozent von im Ausland und 21,3 Prozent von im Inland Geborenen). Der Studienautor zieht den Schluss, dass 22,6 Prozent der Lehrer „fanatische Haltungen“ einnehmen. **44 Prozent der Lehrer betrachten die Vermittlung von Überlegenheitsgefühlen als vorrangiges Ziel.***

Wissenschaftlich gesehen, ist an der Studie nichts auszusetzen, deshalb beruhigt Anas Schakfeh, Präsident der Islamische Glaubensgemeinschaft, die Islam-gläubigen Ungläubigen mit der Versicherung, es handele sich nur um Privatmeinungen der Lehrer:

Lehnen Sie Demokratie ab, weil sie sich mit dem Islam nicht vereinbaren lässt? 21,9 Prozent sagen Ja. Lehnen Sie die Menschenrechtserklärung ab, weil sie sich mit dem Islam nicht vereinbaren lässt? 27,1 Prozent bejahen. Hätten Sie Verständnis dafür, wenn Muslime, die vom Islam abgefallen sind, mit dem Tod bestraft würden? 18,2 Prozent Zustimmung. Sehen Sie einen Widerspruch zwischen Muslim sein und Europäer sein? 28,4 Prozent sagen Ja.

Die Verfassungsfeinde im eigenen Land bezahlt übrigens der Steuerzahler. Vielleicht hoffen die Verantwortlichen, dass die Hand, die füttert, nicht abgeschlagen wird.

(Spürnasen: Danny, Richard P., Roland Sch., Herbert, Herman M., W.R.v.P., N.K., Gudrun W. und Robert H.)

Jusos gegen Antisemitismus

Mit für linke Verhältnisse vergleichsweise deutlichen Worten rufen die Jungsozialisten in der SPD aus Berlin-Neukölln zu einer Demonstration am kommenden Samstag, 31. Januar, auf. Da PI-Leser, die als solche auftreten, angesichts des Veranstalters vermutlich unerwünscht sind, enthalten wir uns jeglicher Empfehlung zur Teilnahme. Der Aufruf als solcher ist aber bemerkenswert realistisch und wer ganz genau hinschaut, kann sogar Spuren vorsichtiger Islamkritik ahnen.

Aufruf zur [Demonstration am 31. Januar](#) in Berlin:

Nicht schon wieder: Antisemitismus in Deutschland und Europa
Treffpunkt: Fontanestraße, Neukölln
Uhrzeit: 12:30 Uhr

Seit Wochen wird auf so genannten Friedensdemonstrationen in ganz Europa massiv gegen Juden gehetzt. Schamlos skandieren Sympathisanten islamistischer Terrororganisationen ihre Hassparolen, wie z.B.: „Hamas, Hamas, alle Juden ins Gas“. Unter den Augen der Öffentlichkeit wird eine Pogromstimmung geschürt, die nicht folgenlos bleibt: in vielen europäischen Ländern kam es zu Bombendrohungen und Brandanschlägen, in Dänemark wurden zwei Israelis angeschossen, in Italien rief ein Gewerkschafter (Giancarlo Desiderati, Vorsitzender der Flaica-Uniti-Cub) zum Boykott jüdischer Läden auf, in

Deutschland werden israelische Flaggen inzwischen als „Provokation“ (Kai Süßenbach, Ramon van der Maat) empfunden.

Dass Europa wieder zu einem Tummelplatz antisemitischer Ideologen wird und die Situation jüdischer Bürger immer prekärer, werden wir nicht hinnehmen. Gerade in Berlin hat sich vielerorts eine aggressive Atmosphäre entwickelt, gegen die wir gemeinsam ankämpfen müssen. Religiös begründeten Herrschaftsansprüchen und der Instrumentalisierung des Nahostkonfliktes durch Antisemiten erteilen wir eine klare Absage!

Schließen Sie sich dem Aufruf der Jusos Neukölln an! Lassen Sie es nicht zu, dass unser Recht auf freie Meinungsäußerung und freie Religionsausübung von gewaltbereiten Gruppierungen beschnitten wird. Überall in Deutschland muss es möglich sein, eine israelische Flagge zu zeigen! Überall in Deutschland muss es möglich sein, islamistische Indoktrination und antisemitische Hetze zu benennen und zu kritisieren!

Im Nachstehenden die Eckdaten zur Demonstration:

*Datum: Samstag, den 31.01.2009 Uhrzeit: 12.30-15.30 Uhr
Treffpunkt: Fontanestraße, Neukölln (Berlin) Route: Von der Fontanestraße über die Flughafenstraße zum Rathaus Neukölln, über die Sonnenallee zur geplanten Abschlusskundgebung auf dem Hermannplatz*

(Spürnase: Simon)

Täterprofil: Männlich, jung, Migrationshintergrund

In Berlin häufen sich die Angriffe auf Homosexuelle. Jeder weiß, dass die Täter fast ausnahmslos junge Moslems sind. Aber das darf man ja nicht denken, geschweige dann aussprechen. Genau wie beim wachsenden Antisemitismus durch Islam-Import wird [herumgeeiert](#), um ja nicht die Ursache des Übels benennen zu müssen.

Das hört sich dann so an, wie hier Kathrin Doumler vom Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg (LSVD:

Ein pauschales Täterprofil – männlich, jung, Migrationshintergrund – lehnt sie ab. Auch wenn gerade junge Männer mit einem arabisch-patriarchalisch ausgeprägten Wertesystem häufig Probleme mit Homosexualität haben.

Da wäre es wirklich interessant zu wissen, auf wie viele Prozent der Gewalttäter dieses Profil NICHT zutrifft.

Oder so:

„Übergriffe hat es schon immer gegeben“, sagt Bastian Finke, Projektleiter von Maneo. Der Soziologe arbeitet seit mehr als 19 Jahren in dem Anti-Gewalt-Projekt, Homophobie ist Finkes Spezialgebiet.

Doch der 48-Jährige formuliert seine Sätze vorsichtig, wenn es um die aktuellen Übergriffe geht. Zwar könne man eine Zunahme feststellen, die sich auch als „gefühlte Zunahme“ in der homosexuellen Szene niederschlage, trotzdem möchte er nicht von einer Tendenz sprechen. Die Gewalt gegen Schwule und Lesben sei vielmehr anhaltend hoch, aber erst jetzt würden Politik und Medien sie ernst nehmen.

Aha – eine gefühlte Zunahme nur. Dann ist wohl alles in Ordnung, und wir können uns wieder dem Kampf gegen Rechts™ zuwenden.

Ein bißchen [ehrlicher](#) ist der TAGESSPIEGEL: Die Krawallmacher und Pöbler seien

Jugendliche mit Migrationshintergrund, die ein „anderes Weltbild“ hätten.

Und wo sind die Grünen? Die zeigen ihre ganze Verlogenheit und hüllen sich angesichts der Problematik ins Schweigen. In der Rangliste der Lieblingsklientel mussten die Schwulen den Moslems weichen. Und so wird Volker Beck sich weiter beim Demonstrieren lieber in Moskau eine blutige Nase abholen, als vor der eigenen Haustür einen Schädelbruch riskieren.

(Allen Spürnasen herzlichen Dank)

Holocaust nicht nur gedenken: Nie wieder!



Angesichts der überlauten „Israelkritik“ in Deutschland, droht das Andenken an den Holocaust immer mehr zur Farce zu werden. Die Gedenkfeier des Bundestages wird zur

kritiklosen Selbstbestätigung: Wir sind die Guten, wir haben die Vergangenheit überwunden. Daneben bricht in Deutschland neu unverholener Judenhas auf.

Ein Skandal, findet in dem Punkt zurecht der Zentralrat der Juden, der heute erstmals der Gedenkfeier [auch aus anderen Gründen](#) fernbleibt. Doch will man nicht sehen woher der neue Antisemitismus kommt. Protestiert wird nur gegen (sehr wohl vorhandene) judenfeindliche Deutsche. Das Problem des islamischen Judenhasses wird von allen Seiten völlig ausgeblendet.

Der Generalsekretär des Zentralrats der Juden, Stephan J. Kramer, stellt einen [wachsenden Antisemitismus in Deutschland](#) fest.

Es gebe eine „fortschreitend um sich greifende Feindschaft gegen Juden, mehr und mehr auch in der Mitte der Gesellschaft“, sagte er.

Es sei zwar zu loben, dass in ganz Deutschland in vielen Veranstaltungen an den 64. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz erinnert werde, sagte Kramer. „Doch wir mussten auch feststellen, dass während des Gaza-Krieges die Zahl der Hass-Mails an den Zentralrat um 40 Prozent auf 200 bis 300 pro Woche zugenommen hat.“ In einem Zehntel der Mails seien explizite Morddrohungen gegen persönlich benannte Mitglieder des Zentralrats enthalten gewesen.

Dass die Hassmails gegen Juden während des Krieges in Gaza derartige Ausmasse erreicht haben, ist tatsächlich erschreckend. Völlig ausgeblendet wird in dieser Einschätzung allerdings, dass neben Leuten mit klassischen „Ressentiments“ gegenüber Juden, die steigende Zahl der Muslime in Deutschland zum Problem geworden ist.

Der Islam ist seit Mohammed und gestützt auf den Koran in sich

judenfeindlich. Mit der zunehmenden islamischen Radikalisierung gegen Westen und gegen Israel wird auch die Gefahr für europäische Juden, die von islamischer Seite ausgeht, immer noch kategorisch unterschätzt.

Um aus den Fehlern der Vergangenheit zu Lernen und sie für die Zukunft zu vermeiden, begeht man den Tag der Befreiung des KZs Auschwitz, am 27. Januar 1945, als Gedenktag. Es geht dabei nicht nur um Erinnerung, sondern darum, dafür einzustehen, dass Totalitarismus (egal welcher Art) nie wieder aufkeimen kann, und nie wieder Menschen auf systematisch ausgerottet werden dürfen. [Hier](#) können Sie für diesen Wunsch und im Andenken an die Ermordeten eine Kerze anzünden.

Berlin: Kein Schutz für Autobesitzer



Brandstiftung an parkenden Autos entwickelt sich in Berlin zum Volkssport für linke Terrorlehrlinge. Hunderte Fahrzeuge fielen den Linksfaschisten in den letzten Jahren zum Opfer. Die Behörden wollen dennoch weiterhin tatenlos zusehen. Nicht einmal eine Sonderkommission zur Zusammenführung der halbherzigen Ermittlungen ist von der rot-roten Regierung geplant.

Der [Tagesspiegel berichtet](#):

2008 wurden in Berlin 104 Autos zerstört, überführt wurde kein einziger Tatverdächtiger. Innensenator Körting und Polizeipräsident Glietsch lehnen eine Sonderkommission zu den Anschlägen weiterhin als völlig sinnlos ab.

Innensenator Ehrhart Körting (SPD) und Polizeipräsident Dieter Glietsch lehnen eine Sonderkommission zu den Brandanschlägen auf Autos weiterhin als völlig sinnlos ab. Auf Antrag der CDU debattierte gestern der Innenausschuss des Abgeordnetenhauses erneut über das Thema, nachdem 2009 bereits 21 Fahrzeuge von Linksextremisten angezündet worden sind. Im Vorjahr waren es 104, im Weltwirtschaftsgipfel-Jahr 2007 sogar 129. Der CDU-Abgeordnete Robbin Juhnke warf dem Senat vor, „auf dem linken Auge blind zu sein“. Dies wies der Innensenator als „verleumderisch“ zurück: „Das ist schamlos gegenüber den Polizeibeamten.“ Auch Polizeipräsident Glietsch betonte, „dass wir unsere Schwerpunkte in den Ermittlungen nicht auf politischen Druck hin setzen“. Eine Soko sei ein ebenso „wohlfeiler“ wie unsinniger Ratschlag.

Letztlich werden die politisch motivierten Brandanschläge von einem speziellen Kommissariat bearbeitet, und zwar beim Staatsschutz. Glietsch musste einräumen, dass es im Jahr 2008 nicht gelungen sei, einen einzigen Tatverdächtigen zu überführen. „Die Polizei kann, auch wenn sie 1000 oder 2000 Leute mehr Leute mehr hätte, nicht jeden Anschlag verhindern oder aufklären“, sagte Glietsch. Es seien zwar drei Leute festgenommen worden – Brandstifter waren es nicht.

Der Polizeipräsident erläuterte, wie schwer es sei, die Täter zu fassen. Ein Auto in Brand zu setzen, sei ausgesprochen unkompliziert und risikoarm, sagte Glietsch. Wenn die ersten Flammen aus dem Auto schlagen, „sind die Täter schon zwei Straßen weiter“. Allerdings wird auch polizeiintern kritisiert, dass der Staatsschutz die Fälle nur verwaltet. So erfuhr die Abteilung erst durch einen Bericht des Tagesspiegels von einem Bekenner schreiben der linken Szene. Wie berichtet, hatte sich eine bislang nicht in Erscheinung getretene Gruppe „Bewegung für militanten Widerstand (BMW)“ dazu bekannt, Ende Dezember acht Fahrzeuge angezündet zu haben. Diese Selbstbezichtigung war in der linksautonomen Zeitschrift „Interim“ abgedruckt, die bereits Tage zuvor

erschienen war. Dem Vernehmen nach wertet der Staatsschutz die Interim, die bekannt ist für Bekenner schreiben, nicht von selbst aus. Bis dahin hatte ein Brandkommissariat ermittelt; der Staatsschutz hatte keine Kenntnis des politischen Hintergrunds. Die Gruppe „BMW“ hat die Taten mit der „Umstrukturierung“ ärmerer Bezirke begründet, deshalb seien Fahrzeuge in Neukölln, Kreuzberg und Mitte angezündet worden. Dort, so der in der linken Szene verbreitete Vorwurf, werden die alteingesessenen Mieter durch Luxussanierungen vertrieben.

Innensenator Körting widersprach einem Zeitungsbericht, dass erst jetzt darüber nachgedacht werde, Telefone von Tatverdächtigen abzuhören: Dies werde schon immer gemacht, dies sei bei derart schweren Straftaten selbstverständlich. Es würden auch Luxuskarossen von der Polizei als Lockmittel abgestellt und observiert. Auch dies blieb erfolglos. In der linken Szene wird mittlerweile davor gewarnt, dass die Polizei verstärkt versuche, Spitzel in die Szene einzuschleusen.

Etwa die Hälfte der in diesem Jahr angezündeten Fahrzeuge waren Firmenwagen. Betroffen sind Konzerne wie die Telekom, die Bahn und die Post. Die Bahn ist als Transporteur der Castor-Behälter verhasst, die Post wegen ihrer Bewerbung, die Logistik in der Bundeswehr zu übernehmen. Der Rest waren teure Marken wie Porsche, Mercedes und BMW. In der Nacht zu Montag brannte in der Jahnstraße in Neukölln ein Smart; es sei kein politischer Hintergrund zu erkennen, so die Polizei. Am Wochenende brannten außerdem ein Porsche Cayenne, ein VW-Golf und ein Post-Fahrzeug.

(Spürnase: Skeptiker)

Eine Reise ins Land der Stammeskrieger

☒ Der [kürzlich](#) auf Phönix ausgestrahlte Film „[Auf der Spur des Terrors](#)“ ist eine Reise zu den afghanischen und pakistanischen Stammeskriegern für die „Sache des Islams“, zu denen auch die Taliban gehören. Sie träumen davon, ihren radikalen Islam in ihrer Heimat zu festigen und ihn in die ganze Welt zu tragen. „Unser Kampf gilt allen Ländern“ sagen sie. Es gibt für einen Allah-Krieger keinen ehrenvolleren Tod als im Kampf gegen die Ungläubigen zu sterben. Sogar Kinder werden dafür rekrutiert und mit falschen Versprechungen verführt.

Die Videoaufzeichnung des Films sehen sie hier:



BBC unter pro-palästinensischem Druck



Seit sich die öffentlich-rechtliche britische Rundfunkgesellschaft BBC [geweigert hat](#), sich von einem pro-palästinensischen Spenden-Werbespot instrumentalisieren zu lassen, brodelt [aufkochender Hass gegen den Sender](#) unter Muslimen und Islam-Freunden in ganz Britannien. Bürger verbrennen vor Wut auf den Sender und gegen Israel ihre TV-Lizenzen, ketten sich ans BBC-Gebäude – alles aus ~~Hass gegen Israel~~ aus Liebe zu Palästina.

Die Sender ITV, Channel 4 und Five zeigten den umstrittenen, dreiminütigen Spendenaufruf und werden dafür gelobt und gefeiert. Doch die BBC bleibt weiterhin standhaft.

Den herzerreißenden Originalspot – von der Machart eine Mischung aus Pallywood und anti-israelischer UNO-Propaganda – sehen Sie hier:

Er wollte doch nur Respekt



Der 17-jährige Ismail E., türkischer Herkunft, wollte nach Angaben seines Verteidigers nur Respekt, weil er klein und dick ist. Deshalb schlug er einen ihm unbekanntem 49-jährigen Mann mit einem Baseballschläger fast tot. Es spricht für dieses Land, dass der Intensivtäter sich unter „polizeilicher Beobachtung“ befand. [Mehr...](#)

(Spürnase: Jörg H.)

„Ich lebe als Moslem und will mich abgrenzen“



Im BERLINER KURIER erklärt der Lebensmittelhändler Oktay Acar (Foto) sehr deutlich, warum die Integration der Türken und der Moslems scheitern muss, ob es unserer Dressurélite nun passt oder nicht. Sie wollen zwar bei uns und neben uns leben (und dabei alles mitnehmen, was geboten wird), aber [nicht mit uns](#): *Ich fühle und lebe als*

Moslem und möchte mich abgrenzen von der christlichen Kultur hier.

(Spürnase: Juris P.)

Ex-Muslime gegen Nürnberger PR-Kampagne



Gegen die [Begrüßung des Stoffkäfigs](#) für Frauen in Nürnberg als Zeichen besonderer Fortschrittlichkeit macht jetzt auch der Zentralrat der Ex-Muslime [mobil](#). Norbert Schürgers, Chef des Nürnberger Amts für Internationale Beziehungen, will die Augen vor der Realität nicht verschließen. Dann soll er sie auch nicht davor verschließen, „dass Frauen in islamischen Ländern gepeitscht, enthauptet oder gesteinigt werden, wenn sie aufbegehren“, empfiehlt Mina Ahadi, Vorsitzende des Zentralrats der Ex-Muslime.

Nachdem sie und ihre Mitstreiter – allesamt Migranten, die aus verschiedensten Gründen und gegen oft enorme Widerstände ihren Glauben abgelegt haben – über die AZ von der Nürnberger Burka-Affäre erfahren hatten, beschlossen sie spontan: „Wir starten bundesweit eine Aktion gegen die PR-Aktion der Stadt“, zunächst wohl mit einer Unterschriftenkampagne.

In Nürnberg würden sie damit offene Türen einrennen: Während Schürgers behauptete, 95 Prozent der Menschen würden es gutheißen, wenn die Frau im Stoffkäfig „Welcome to Nuremberg“

sagt, ist das Verhältnis bei der AZ-Online-Umfrage exakt umgekehrt: 95,1% Prozent Ablehnung (Stand Montag Nachmittag). nachdem sie und ihre Mitstreiter – allesamt Migranten, die aus verschiedensten Gründen und gegen oft enorme Widerstände ihren Glauben abgelegt haben – über die AZ von der Nürnberger Burka-Affäre erfahren hatten, beschlossen sie spontan: „Wir starten bundesweit eine Aktion gegen die PR-Aktion der Stadt“, zunächst wohl mit einer Unterschriftenkampagne.

(Spürnasen: Harry Hirsch und Schmibrn)

EU verlangt Frieden ... zwischen Palästinensern

Laut [SpOn](#) haben jetzt die 27 Außenminister der EU in einem dringlichen Appell zur Versöhnung der rivalisierenden palästinensischen Organisationen aufgerufen. Der EU-Appell kann jedoch selbst dann nicht fruchten, wenn die EU Milliarden Euros in den palästinensischen Sand gießen würde. Helfen kann nur eine konsequente langfristige Abschaffung der Kultur Erziehung zum [Islamischen Totalitarismus](#).

Fatah und Hamas sind nämlich zwei konkurrierende palästinensische Terrororganisationen, die praktisch alle „Abgeordnete“ im funktionsunfähigen palästinensischen „Parlament“ stellen. Fatah ist radikalislamisch-terroristisch und Hamas ist mehr-radikalislamisch-terroristisch. Beide wollen einen zukünftigen „Palästinenserstaat“, beide ausdrücklich mit dem [Islam als einzige Staatsreligion](#).

„Präsident“ Mahmud Abbas von der Fatah „regiert“ jedoch nur im Westjordanland, seitdem „Ministerpräsident“ Ismail Hanija von

der Hamas sich 2007 an die Macht im Gazastreifen putschte. Wenn sich Fatah und Hamas gerade nicht über den Weg streiten, wie Israel am besten oder schnellsten auszulöschen und mit einem islamischen Staat zu ersetzen ist, morden sie wechselseitig ihre Mitglieder, möglichst bestialisch. Wenn die gegnerische Terroristenpartei nur einen ~~relativ moderaten~~ Denkkzettel verdient, werden unermessliche Grausamkeiten wie [Augen ausstechen](#) gerne als „Protestbriefe“ versandt und verstanden.

Solche DRINGLICHE Appelle, wie der der EU, sind seit den Friedenskonferenzen nach dem 1. Weltkrieg sozusagen im Monatstakt wiederholt worden, auch wenn die Dschihadis sich seinerzeit für Araber und nicht Palästinenser hielten. Inzwischen floss viel Wasser den Jordan runter und weit mehr Palästinenser wurden [von ihren „Brüdern“ getötet](#) als von allen westlichen „Todfeinden“ zusammen, einschließlich Israel. Die EU übersieht nämlich, dass die Palästinenser mit dem chronischen Bruderkrieg letztlich nur der Kultur Lebensart unter 350 Millionen Muslimen im Nahen Osten folgen. Ohne die Gewalttätigkeiten unter Moslems gäbe es heute schätzungsweise elf Millionen Muslime mehr; allein der Krieg zwischen dem muslimischen Iran und dem muslimischen Irak kostete einer Million das Leben, Hunderttausende in den jahrelangen Bürgerkriegen in den angeblich frankophilen Libanon und Algerien.

Ja, auch das ist die überschäumende Lebensfreude gepaart mit südländischer Leichtigkeit. Dazu noch eine Prise Ehre, Stolz und Terrorismus, angereichert mit einem religiösen Weltunterwerfungs-Anspruch und einem barbarischen Verständnis von Recht und Unrecht: „Ich gegen meinen Bruder. Ich und mein Bruder zusammen gegen unsere Vetter. Ich, mein Bruder und unsere Vetter zusammen gegen die Nachbarsippe. Mit der Nachbarsippe zusammen gegen den Stamm. Wir alle zusammen gegen die Ungläubigen“ – ist ein altes arabisches Sprichwort.

Bald nichts Neues im Westen? Können Palästinenser und

Gleichgesinnte Israel und dem Westen mehr Frieden schenken,
als sie sich wechselseitig gewähren?



(Gastbeitrag von Daniel Katz, Middle-East-Info.org, Karikatur:
Cox & Forkum)